

Staatwohl und Parteien

Von AUGUST BRUNNER S. J.

Daß das Wohl des im Staate geeinten Volkes der Sinn und die Aufgabe jeder Regierung sei, das werden in der Theorie wohl alle annehmen, so sehr es im wirklichen Leben immer wieder durch die Tat geleugnet wird. Nun ist aber das Gemeinwohl keine abstrakte Größe, sondern jeweils ein konkretes Ziel, das innerhalb von geographischen und geschichtlichen Bedingungen immer aufs neue zu erstreben ist. Jedoch vermag der Mensch schon das kleinste wirkliche Seiende in seiner Einmaligkeit nicht durch einen einzigen Blick zu erkennen. Nur eine Zusammenschau vieler Einzelerfahrungen wird es von möglichst vielen Seiten dem Auge darstellen. Einzelerfahrungen, die ein einziger Mensch in den seltensten Fällen alle allein zu vollziehen imstande sein wird. Jeder bleibt im wirklichen Leben wie auch in der Wissenschaft angewiesen auf den Beitrag vieler gegenwärtiger und vergangener Menschen und wäre ohne diesen ungeheuren Schatz an überkommenen Erfahrungen nicht viel besser daran als das neugeborene Tier oder vielmehr schlechter, da ihm dessen Instinktsicherheit fehlt.

Jeder Mensch hat seinen bestimmten Standpunkt, von dem aus er die Wirklichkeit erblickt, und kann diese Standpunktgebundenheit nur dadurch überwinden und sich zu einer möglichst reinen und genauen Erkenntnis dessen, was ist, durchdringen, daß er das Wahre der andern Standpunkte in seine Erkenntnis miteinbezieht. Das geschieht durch den Austausch von Erfahrungen. Dieser setzt aber den Willen voraus, andere Erfahrungen überhaupt als wertvoll anzuerkennen, auch da, wo sie der eigenen Meinung widersprechen und sie als Irrtum zu erweisen drohen. Von Natur aus ist der Mensch solipsistisch, d. h. auf sich selbst eingestellt; er hält sich für allein vernünftig, er allein weiß, wie die Dinge stehen, und für gescheit gilt ihm nur derjenige, der mit seiner eigenen Ansicht übereinstimmt. Erwachsen und vernünftig ist der Mensch nur in dem Maße, als er diese natürliche Voreingenommenheit, die ihn dem Tier annähert, überwindet. Das Tier kann seine eigene Welt nie übersteigen; es kann nicht einmal ahnen, daß es noch andere Welten als die seine gibt. Nur der Geist im Menschen läßt ihn die Schranken, die der Leib seiner Erkenntnis zieht, durchbrechen und zu einer immer umfassender und vorurteilsfreier erkannten Wirklichkeit vorstoßen.

Wenn dies schon in der Erkenntnis des einfachsten Dinges so ist — wie verwickelt ist doch der Aufbau auch eines Kieselsteines nach der

neueren Physik —, wievielmehr wird es gelten von der Erkenntnis einer so umfassenden Wirklichkeit, wie es das Wohl einer großen, Millionen umspannenden Gemeinschaft ist! Besonders in der heutigen Zeit, da der Mensch in viele Geschehnisse lenkend eingreifen muß, die früher dem Gewicht ihrer eigenen Schwere überlassen werden konnten. Das Gemeinwohl ist fast unübersehbar verwickelt und bietet dem beschränkten Blick des einzelnen Menschen die verschiedensten Seiten dar. Diese Seiten sind alle voneinander verschieden und gehören doch zu ihm. Sie scheinen sich oft zu widersprechen und einander auszuschließen und sind doch Teile der gleichen Wirklichkeit, ja die gleiche Wirklichkeit, nur von einem andern geistigen Blickpunkt aus gesehen. Sie werden erst dann falsch, wenn sie sich für die ganze Wirklichkeit nehmen und alle andern Meinungen als falsch ausschließen und unterdrücken wollen. Wie verschieden ist die Form eines Berges, je nachdem aus welcher Himmelsrichtung und aus welcher Höhe man ihn erblickt. Seine von verschiedenen Stellen sich darbietenden Umrisse lassen oft nicht mehr vermuten, daß es der eine gleiche Berg ist; und doch ist er dieser wirkliche einmalige Berg nur, weil er dem Blick diese Vielfalt seiner Erscheinung darbietet. Erst der Geograph, der diese Bilder zusammenschaut und als Einheit auf die Karte bannt, wird dem Berg, wie er ist, gerecht werden und den nicht irreführen, der sich bei seinen Wanderungen auf seine Karte verläßt.

Es ist also nur natürlich, daß sich von dem, was einem Staate in einer bestimmten Zeitlage frommt, viele Meinungen bilden. Der geistige Standpunkt eines jeden wird den Anblick bestimmen, unter dem das Gebot der Stunde ihm erscheint. Neben der persönlichen Befähigung zur Erkenntnis dessen, was die Lage erheischt, werden sich Erziehung, soziale Stellung, Beruf und Interesse auswirken und seine Ansicht zu einer beschränkten, mehr oder weniger einseitigen machen. Dazu kommt dann noch in diesen für jeden so lebenswichtigen Angelegenheiten die menschliche Selbstsucht und solipsistische Voreingenommenheit, die es dem Menschen verwehrt, auch den ihm noch zugänglichen Teil der Wirklichkeit ohne Verzerrung zu sehen. Was wirklich die Forderung des einmaligen Augenblicks in diesem einmaligen staatlichen Gebilde ist, das vermöchte nur ein Blick zu erkennen, der imstande und willig wäre, die Meinungen in ihrer Verschiedenheit zusammenschauen, und in diese Schau den Wahrheitsgehalt einer jeden aufzunehmen, während das Falsche und Eigennütziges als unbrauchbar aus ihr herausfiel. Aus einer solchen Schau heraus ließe sich allein der Entschluß fassen, der allen zum Heile dient. Er würde keine Teilansicht und Sonderauffassung als solche ganz befriedigen, und alle würden ihn von ihrem einseitigen Standpunkt aus als falsch beurteilen, und zwar um so heftiger und mit anscheinend um so größerem Recht, je beschränkter und unzulänglicher jeweils ihre besondere Sicht geblieben ist. Aber die Ereignisse würden ihm recht geben.

Es ist klar, daß eine solche Zusammenschau immer ein unerreichbares Ideal bleiben wird. Nur die umfassende Schau Gottes hält in ihrem Umkreis die ganze Wirklichkeit fest, ohne irgend etwas von ihr zu übersehen oder gar zu entstellen. Aber sie bleibt ein Ideal, das für jeden Staatsmann und Politiker verpflichtend ist. Wer sie nicht ehrlich und nach Kräften anstrebt, versündigt sich an seiner Pflicht und an dem Wohl derer, für das zu sorgen er bestellt ist. Das setzt aber als erstes voraus, daß die Vielfalt der Meinungen sich äußern kann, daß sie allen zur Kenntnis gelangen darf. Wo die wahre Meinung der Bürger mit Gewalt unterdrückt wird, kann immer nur eine Sicht des Ganzen zur Geltung kommen. Das wird einige Zeit hingehen können, besonders wenn diese Seite gerade vorher keine genügende Rücksicht gefunden hatte. Aber auf die Dauer wird es verhängnisvoll, zu meinen, die eine Seite sei die ganze Wirklichkeit, und danach seine Entschlüsse zu fassen. Die anderen Seiten hören deswegen nicht auf, zu sein und zu wirken, und an ihnen wird die Ideologie eines Tages zerbrechen, weil sie als Ganzes ein Wahngebilde ist. Weltanschauungen oder Parteien, die eine solche tyrannische Ideologie verfolgen und mit Gewalt auch gegen eine Mehrheit durchsetzen wollen, sind darum in sich unsittlich und gefährlich zugleich. Sie können nur Elend über die Menschen bringen und höchstens die Machtgier und die Genußsucht einzelner tyrannischer Naturen befriedigen.

Versteht man Demokratie in einem weiten Sinn als die Regierungsform, die es allen einzelnen Staatsbürgern möglich macht, nach dem Maße ihrer Einsicht sich zu den Fragen des Staates zu äußern und so ihr Gewicht in einer Sache geltend zu machen, die eines jeden Sache ist, so muß jede annehmbare Staatsform demokratisch sein. Eine solche Einflußnahme kann sich aber in vielen Weisen vollziehen und hat sich geschichtlich verschiedene Formen gegeben, je nach den Zeitumständen, nach dem Grade der allgemeinen Bildung und auch nach der unmittelbaren Bedeutung, die das Staatsgeschehen für die einzelnen Schichten der Bevölkerung hatte. Wo dieses demokratische Element vernachlässigt wurde, trieb der Staat immer unter Erschütterungen und gewaltsamen Umwälzungen dem Untergang zu.

Die Demokratie im engeren Sinn, wie sie heute verstanden wird, unterscheidet sich von andern zulässigen Formen dadurch, daß jedem Staatsbürger das Recht zugesprochen wird, sich öffentlich und unmittelbar zu den Problemen der Regierung zu äußern, daß er an ihren Entschlüssen öffentlich Kritik üben darf und durch die allgemeine Wahl auf sie Einfluß nimmt. Die Aufgabe der Regierung ist nicht mehr einem Stand zugewiesen, dem man durch Geburt angehört, sondern ideal wenigstens den Tüchtigsten, aus welchen Ständen und Berufen sie auch kommen. Ihre Tüchtigkeit hat sich im Wettbewerb durch den Erfolg zu bewähren. Die heutige Demokratie ist ferner gekennzeichnet durch den Zusammenschluß Gleichgesinnter zu Parteien, die nun versuchen, ihre Auffassung vom Staat und dem Gemeinwohl durchzusetzen. Die verschiedenen Parteien stellen

so die hauptsächlichsten Ansichten vom Gemeinwohl dar, die sich im Staatsvolk regen und wirksam sind. Sie bedeuten bereits eine gewisse Vereinheitlichung der Meinungen und machen, daß sie für den zusammenfassenden Blick leichter übersehbar sind. Sie sollten dies tun durch eine möglichst unvoreingenommene Rücksicht auf die Meinungen ihrer Mitglieder; in ihrem Schoße sollte sich im Wettstreit eine erste umfassendere Teilschau bilden, und so die schließliche Einigung aller vorbereiten. Leider sind Parteien nicht anders eingestellt als die einzelnen Menschen, die sie bilden. Auch sie neigen von Natur aus zu selbststüchtiger Ausschließlichkeit, ja vielleicht in noch gefährlicherer Weise als der einzelne; denn es ist nur zu bekannt, daß der kollektive Egoismus nicht nur nicht als ein Fehler, sondern sogar als eine Ehrenpflicht empfunden wird; man denke nur an den nationalen Egoismus der Völker, der sich mit dem schönen Titel der Vaterlandsliebe schmückt. So können Parteiprogramme wichtiger werden als die Wirklichkeit; Rücksichten auf den Unverstand der Wählerschaft, die bis zu einem gewissen Grade nicht zu vermeiden sein werden — obschon die Wählerschaft sie auf die Dauer bezahlen muß —, beherrschen als oberstes Gesetz die Entschließungen und verfälschen alles. Der engstirnige, sture Parteigänger ist eine traurige, aber nicht seltene Erscheinung.

Keine Partei wird sich rühmen können (obschon sie es im allgemeinen reichlich tun), die wirkliche Lage in ihrer Fülle von Anliegen und Möglichkeiten ganz zu übersehen. Dann wäre sie ja nicht mehr Partei, sondern das völlig zu sich selbst gekommene, bewußt gewordene Volk, ein Idealzustand, der wohl Hegel als möglich vorgeschwebt hat, der aber nie Wirklichkeit werden wird, da der Mensch eben kein reiner Geist, nicht reine, völlig bewußte Person ist, und gerade das Gebiet, das dem Staate zugewiesen ist, vor allem unterpersönliche Bereiche der Volkswirklichkeit betrifft, die immer nur teilweise zu gegenständlicher Klarheit gebracht werden können. Die Vielheit der Parteien soll also dazu dienen, die Vielheit der Wirklichkeitsansichten, die in jeder Frage von Bedeutung sind, darzustellen und geltend zu machen, so daß sie auf den endgültigen Beschluß nach dem Grade ihrer Bedeutsamkeit einwirken. Man könnte versucht sein, aus diesem Grunde einer großen Anzahl von Parteien das Wort zu reden, um möglichst die ganze Wirklichkeit zur Geltung kommen zu lassen. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß durch eine solche Zersplitterung der gewünschte Erfolg gefährdet wird. Der Mensch kann nur eine beschränkte Anzahl von Meinungen übersehen und ihnen zu gleicher Zeit Rechnung tragen. Außerdem erschwert die Kleinheit der Gruppen die Bildung einer tatkräftigen Regierung. Es ist deswegen vorteilhafter, wenn nur wenige, ja wo dies möglich ist, nur zwei Parteien gebildet werden. Die bereits genannten Gruppenbildungen innerhalb der großen Parteien machen die Vielheit von Splitterparteien überflüssig. Diese Gruppen verböhren sich

nicht so leicht eigensinnig in ihre engen Sonderauffassungen und bewahren andererseits die Parteien vor der Erstarrung.

Der Sinn der Parteibildung ist also der Natur der Sache nach, die Vielheit der innerparteilichen Meinungen zu sichten, zu klären und zu prüfen und so eine erste, wenn auch noch unvollkommene Zusammenschau dessen zu erarbeiten, was für die in Frage stehende Angelegenheit notwendig ist, und dann durchzusetzen, daß diese Belange bei der endgültigen Beschlußfassung die genügende Berücksichtigung finden. Die Parteien sollen also der Volksvertretung einen Teil der Arbeit abnehmen. Aber schon bei dieser vorbereitenden Arbeit müßte der Wille wirksam sein, das Wohl des Ganzen anzustreben. Die Einseitigkeit der Auffassungen wird auch so noch stark genug bleiben; sie wird heillos, wenn eine Partei sich betont nur von ihren Parteiinteressen leiten läßt. Eine solche Partei verrät das Volk und die Demokratie und beraubt sich selbst des Grundes, der ihr Dasein rechtfertigt.

Die richtige, sachgemäße Entschließung muß also aus der Verschiedenheit der Parteistandpunkte durch eine Zusammenschau hervorgehen, und in dem Maße sie das tut, wird sie der Wirklichkeit angemessen sein und dem Volk zum Heile ausschlagen. Darum hat die richtige Entschließung in den meisten Fällen die Gestalt eines Kompromisses. Eine gewisse Art des Kompromisses ist die gewöhnliche Form politischer Betätigung. Diese Feststellung könnte Aufsehen und Einspruch erregen; sie wird auch gerne von Parteien mit diktatorischer Neigung als Feigheit angeprangert. Aber es gibt Kompromisse und Kompromisse. Wir können zwei äußerste Fälle denken, zwischen denen die wirklichen sich halten; der eine von ihnen ist, wenn er auch nicht immer zu verwerfen ist, ja sich oft nicht vermeiden läßt, doch im besten Fall ein Notbehelf; der andere hingegen ist der ideale Fall einer Regierung, die nur das eine im Auge hat, das wahre Wohl der Gemeinschaft. Es ist auch zu beachten, daß es sich dabei um konkrete Maßnahmen handelt und nicht um Grundsätze. In diesen gibt es erlaubterweise keine Kompromisse; aber die gleichen abstrakten Grundsätze lassen verschiedene Verwirklichungen zu, von denen die eine mehr am Platze und an der Zeit sein kann als die andere. Möglichkeiten zu finden, die ohne Verletzung der Grundsätze ein Zusammengehen mit andern gestatten, ist die Aufgabe des Politikers.

Der Kompromiß als Notbehelf besteht darin, daß man von den verschiedenen Ansichten und Vorschlägen das gemeinsame Mindestmaß als die allein zulässige Form annimmt und alles, was darüber hinausgeht, ablehnt. Ein solcher Kompromiß ist, das ist klar, eine Verarmung und Vergewaltigung. Er macht alle gleich, indem er den größeren die Köpfe abschlägt. Er entspricht der Seinsweise des Stoffes und den Methoden der Naturwissenschaft. Im Stoff sind die Unterschiede der letzten Teilchen gleicher Elemente so gering, daß wir sie ungestraft nicht nur vernachlässigen können, sondern sogar müssen. Jedes Naturgesetz ist eine Art

solchen Kompromisses, aber im Stofflichen völlig am Platze, weil der Natur der Sache angemessen. Es ist klar, daß solche Kompromisse das Technische erleichtern; es kann alles nach dem gleichen Schema behandelt werden, und von den Ausführenden wird keine weitere Denkarbeit gefordert. Aus diesem Grunde bevorzugen Verwaltungen solche Kompromisse. Und unsere von der Einfachheit und Schnelligkeit der Erledigung ganz berauschte Zeit neigt stark dazu, der technischen Einfachheit geistige Werte zum Opfer zu bringen. Einfachheit ist gut, wenn sie nicht zu teuer bezahlt wird. Sie gehört zur Technik, nicht zum Geist. Schon in der Kunst wird niemand sie ausschließlich anstreben; sonst wären eine einfarbige Mauer und das Geheul der Sirenen mit immer gleichem Ton die idealen Kunstwerke. Und je geistiger ein Gebiet, einen je wichtigeren Platz es in der Kultur einnimmt, um so weniger läßt es sich ungefährdet technischen Maßnahmen unterwerfen und in eine Schablone pressen. Die Gleichmacherei liegt der heutigen Demokratie, weil sie in einigen formalen Punkten notwendig oder nützlich für sie ist. Sie entspricht der allgemeinen, aber unberechtigten Denkweise in Kategorien der Naturwissenschaft und der Technik. Aber sie ist ihre drohendste Gefahr und ein großer Schritt auf dem Weg zur Diktatur.

Der Gegensatz zu diesem meist zu verwerfenden Kompromiß ist der synthetische Kompromiß. Er ist die Auszeichnung und das Merkmal hoher Staatskunst und die Vorbedingung für die Verwirklichung des allgemeinen Wohles der Gemeinschaft zusammen mit dem Wohlergehen möglichst vieler einzelner Staatsbürger. Dieser Kompromiß ist schöpferisch. Seine Art und Form ergibt sich mühelos aus den bisherigen Ausführungen. Er besteht in jener Zusammenschau, die möglichst alles, was die unter sich verschiedenen Standpunkte an Richtigem und Sachlichem enthalten, in eine füllige Einheit zu bringen weiß. Ideal gesprochen wird eine solche Zusammenschau nicht mehr einen beschränkten Standpunkt darstellen, sondern sich gleichsam in das Herz und in den Mittelpunkt der Sache versetzen und von da aus jedem Teilanblick Platz und Bedeutung zuweisen. Eine solche Zusammenschau ist keine Summe und hat nichts Mechanisches wie die erste Art des Kompromisses; sie ist, wie gesagt, schöpferisch, eine geistige Tat. Sie wird sich so entschließen und so handeln, daß die berechtigten Verschiedenheiten ihre Stelle und Wirkung innerhalb der Einheit wahren können. Das Geistige ist reich, zu reich, als daß es in einen Menschen und in eine beschränkte Form eingehen könnte. Es wird in der Welt der Verwirklichung immer Unterschiede fordern, soll es nicht verarmen und im allzu eng bemessenen Gewand ersticken. Aber Geist ist auch Einheit. Darum muß jede menschliche Einheit Einheit in der Verschiedenheit sein, und beide Seiten müssen durch immer erneutes Bemühen ausgeglichen werden. Denn das Gleichgewicht läßt sich hier wie in allem Lebendigen nie wie bei einer Maschine mit ihren starren Formen

ein für allemal herstellen. Es muß immer durch guten Willen neu errungen werden. Einheit so viel wie nötig; Vielheit so viel wie möglich: das erst ergibt einen reichen Staat, wo alles Gute und Geistige Luft und Platz zu kräftigem Wachstum findet.

Daraus ergibt sich aber eine neue Folgerung, die eine unumgängliche Vorbedingung der Demokratie darstellt. Die Einheit ist nicht so sehr Sache des jeweiligen Entschlusses. Dieser gleicht sie vielmehr der je wechselnden Verschiedenheit an, so daß sie darin gewahrt bleibe. Sie liegt also vor ihm, ist seine Grundlage und Voraussetzung. Darum kann ein Staat und vor allem ein demokratischer Staat nicht bestehen, wenn nicht eine unausgesprochene, aber stets gegenwärtige Einheit der Gesinnung und der Grundhaltungen in ihm lebt und gleichsam die Luft ist, in der der einzelne und die einzelnen Gebiete erst gedeihen und sich durch ihre ungewollte Form als zur gleichen nationalen Kultur gehörig, als aus einem Geiste geboren ausweisen. Diese Einheit bildet den Boden, auf dem sich die einzelnen und die Parteien bei aller Verschiedenheit noch begegnen und sich verständigen können. Wo sie fehlt, da ist der Staat am Zerfallen. Vielleicht ist es seit langem die Schwäche der Deutschen gewesen, daß diese unausgesprochene Einheit bei ihnen nicht ausgebildet war; und nur darum konnte man auf den Gedanken kommen, der an sich unsinnig und verbrecherisch ist, sie durch Gewalt zu schaffen.

Wo diese Einheit besteht, da wird man den politischen Gegner nicht als persönlichen Feind ansehen können. Er ist ein gleichberechtigter und notwendiger Mitarbeiter. In manchen angelsächsischen Staaten ist der Führer der Opposition eine staatlich anerkannte und besoldete Persönlichkeit mit bestimmten Rechten und mit Einfluß auf den Geschäftsgang. In dieser Einrichtung hat die eben ausgesprochene Wahrheit zum Wohle der betreffenden Staatswesen eine sichtbare Gestalt gewonnen. Die Achtung vor dem politischen Gegner als Mensch und Person ist eine unumgängliche Grundlage der Demokratie. Wer mit Schmähungen des Gegners arbeitet, eine Partei, deren Propaganda auf Verunglimpfung des politischen Gegners hinausgeht, hat sich bereits außerhalb der Demokratie gestellt, auch wenn sie dies nicht weiß, und schaufelt deren Grab, auch wenn sie es nicht will.

Hier stoßen wir auf die Stelle, wo die Notwendigkeit der Bindung an metaphysische und sittliche Grundlagen sichtbar wird. Ohne eine solche Bindung wird die Demokratie haltlos und von der brutalen Macht überannt. Es muß zwischen den Parteien ein gemeinsamer Boden bestehen, und dieser kann nur sein der Wille zum Wohle des Ganzen. Dieser setzt aber Achtung vor der persönlichen Würde auch des politischen Gegners voraus und traut ihm bis zum Beweis des Gegenteils den gleichen guten Willen zu. Vorausgesetzt ist ferner, daß man sich bewußt ist, daß es von allen zu achtende Grenzen gibt, die man bei dem Versuch, die eigene

Auffassung durchzusetzen, nicht überschreiten darf. Solche Grenzen sind aber durch das natürliche Sittengesetz unverrückbar gezogen und werden auf die Dauer nicht ungestraft übertreten. Eine Zeit, die in Tat und Lehre diese von der Wirklichkeit vorgeschriebenen Gesetze nicht mehr anerkennt, wird dem Faustrecht des Stärkeren und Rücksichtsloseren ausgeliefert. Wo keine Achtung vor Menschenwürde und persönlicher Freiheit mehr besteht, wo der gute Ruf eines Menschen vogelfrei ist, wo man meint, man dürfe die Macht mit allen Mitteln, gleichgültig ob gut oder sittlich verwerflich, erobern, wo keine sittlichen Bedenken mehr den Macht-hunger zügeln und einschränken, da geht ein Volk der Gewaltherrschaft entgegen.

Die Demokratie setzt also mehr als andere Regierungsformen eine feste sittliche Grundlage bei der machttragenden Schicht voraus. Für regierende Fürstenhäuser und bei Ständen, denen die Regierung anvertraut war, war das eigene Schicksal eng mit dem des Staates verknüpft; sie waren daher schon aus wohlverstandennem Eigeninteresse eher geneigt, sich vor unsinnigen Abenteuern zu hüten und es nie zum äußersten kommen zu lassen. Die Demokratie fordert ein selbstloses Interesse für das Gemeinwohl; denn sie bringt es mit sich, daß der Erfolg richtiger Maßnahmen oft andern zugute kommt und ihre Urheber schneller vergessen werden. Die Versuchung, die Gunst der Massen um den Preis schweren zukünftigen Schadens der ganzen Nation durch Augenblickserfolge anzustreben, ist hier drohender als anderswo.

Die Lebensfähigkeit der Demokratie wird sich daran entscheiden, ob es in ihr selbstlose Menschen in genügender Zahl gibt, denen das Wohl des Ganzen über den eigenen Vorteil geht und die den Mut aufbringen, sich dafür einzusetzen. Kritik und Gegenkritik müssen sich frei äußern können, ohne in Demagogie auszuarten, die unredlich das Unmögliche verspricht, nur um an die Macht zu gelangen. Einer solchen Demagogie wie auch den Übergriffen des Staates gegenüber müssen alle und jeder einzelne wissen, daß ihr Recht durch eine unparteiische und darum unabhängige Rechtspflege sicher gewahrt wird. Wo das Bewußtsein der sittlichen Verantwortung für das Ganze schwach wird, wo die Kritik zum Schweigen gebracht und das Recht gebeugt wird, da ist es um die Demokratie geschehen.